

Der Sozialstaat im 21. Jahrhundert

Gemeinsam durch das Leben



wien.arbeiterkammer.at

Wichtig

Selbstverständlich erarbeiten wir alle Inhalte unserer Ratgeber sorgfältig. Dennoch können wir nicht garantieren, dass alles vollständig und aktuell ist bzw. sich seit dem Druck keine Gesetzesänderung ergeben hat.

Unsere Ratgeber dienen Ihnen als Erstinformation. Sie enthalten die häufigsten Fragen, viele anschauliche Beispiele, Hinweise auf Stolpersteine und einen Überblick über die wichtigsten gesetzlichen Regelungen. Bei individuellen Fragen steht Ihnen unsere Hotline zur Verfügung: (01) 501 65 0

Weitere Informationen finden Sie auch im Internet:
www.arbeiterkammer.at

Alle aktuellen AK Publikationen stehen zum Download für Sie bereit: wien.arbeiterkammer.at/publikationen

Weitere Bestellmöglichkeiten:
E-Mail: bestellservice@akwien.at
Bestelltelefon: (01) 501 65 1401

Artikelnummer 270

2. unbearbeitete Druckauflage, September 2016

Impressum

Medieninhaber:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
Prinz Eugen Straße 20–22
1040 Wien
Telefon: (01) 501 65 0

Offenlegung gem. § 25 Mediengesetz siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum

Zulassungsnummer: AK Wien 02Z34648 M

ISBN: 978-3-7063-0622-5

Redaktion: Romana Brait, Adi Buxbaum unter Mitarbeit von Angelika Gruber, Markus Marterbauer, Christa Schlager, Norman Wagner, Josef Wöss

Illustrationen: Francesco Ciccolella, francescociccolella.com
Grafik und Layout: Jakob Zerbes

Verlags- und Herstellungsort: Wien

Stand: Juni 2016

Sozialer Ausgleich schafft sozialen Zusammenhalt!

Renate Anderl, AK Präsidentin



Die Erfahrungen im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben gezeigt, dass Länder mit einer starken sozialstaatlichen Absicherung deutlich besser durch die Krise gekommen sind als andere. Der Vorteil eines gut ausgebauten Sozialstaats liegt darin, dass er Menschen in schwierigen Lebenslagen unterstützt und gleichzeitig zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Stabilität beiträgt.

Eines ist aber evident: Der Sozialstaat kann die Erwartungen der Menschen nur dann erfüllen, wenn seine Finanzierung auf eine breite und gerechte Basis gestellt wird. Und: Der Sozialstaat muss laufend angepasst und progressiv weiterentwickelt werden, um den aktuellen Herausforderungen, wie etwa der Auseinanderentwicklung von Arm und Reich, gerecht werden zu können.

Diese Broschüre nimmt die Veröffentlichung der aktuellen Studie des Wirtschaftsforschungsinstitutes (WIFO 2016) „Umverteilung durch den Staat in Österreich“ zum Anlass, um die Wirkungen des Sozialstaates darzustellen und die laufenden Diskussionen zu versachlichen.

Der Sozialstaat steht für sozialen Zusammenhalt und sozialen Ausgleich statt einer zunehmend ungleichen Gesellschaft. Er ist eine Errungenschaft, für die es sich einzustehen lohnt.


Treffender als der ehemalige deutsche Bundeskanzler Helmut Schmidt lässt es sich nur schwer zuspitzen: Der Sozialstaat ist „die größte kulturelle Leistung, welche die Europäer während des ansonsten schrecklichen 20. Jahrhunderts zustande gebracht haben“.



Der Sozialstaat im 21. Jahrhundert

– Gemeinsam durch das Leben

Vorweg: eine Leseanleitung _____	8
Die soziale Schere geht auf, der Sozialstaat gleicht aus und hilft _____	13
Familienleistungen: Elementar für die Entwicklung unserer Kinder _____	17
Türen öffnen, Bildung ermöglichen _____	21
Öffentliche Gesundheitsversorgung: Nein zu arm und krank _____	25
Wohnen – ein Dach über dem Kopf für alle _____	29
Hilfe, wenn der Job verloren geht – die Arbeitslosenversicherung _____	33
Öffentliches Pensionssystem – gut gegen Angst vor dem Alter _____	37
Unterstützung, wenn sonst nichts mehr geht – die Mindestsicherung _____	43
Steuern – Geld für öffentliche Leistungen _____	46
Wie wir den Sozialstaat finanzieren _____	50
Was bringt die Zukunft? Gute Aussichten mit dem Sozialstaat _____	55
Der Sozialstaat im Wordrap _____	58




Der Sozialstaat
13



Familie
17



Pension
37



**Arbeitslosen-
versicherung**
33

Der Sozialstaat im 21. Jahrhundert – Gemeinsam durch das Leben



Bildung
21

Gesundheit
25



Wohnen
29



Mindestsicherung
43



Vorweg: eine Leseanleitung



In Österreich profitieren alle Menschen je nach Lebens- und Einkommenssituation in unterschiedlicher Intensität von sozialstaatlichen Leistungen: Während unserer Kindheit besuchen wir meist das staatliche Schulsystem. Im Falle einer Krankheit kontaktieren wir einen Arzt oder eine Ärztin, der oder die uns dank Krankenversicherung weitgehend kostenfrei untersucht. Sollten wir den Job verlieren, bietet die Arbeitslosenversicherung einen Lohnersatz. Es ist schwer auszumalen, wie unser heutiges Leben ohne staatliche Infrastruktur und Sozialleistungen aussehen würde. Genau das soll in der vorliegenden Broschüre gezeigt werden: Was wäre eigentlich, wenn wir uns selbst vor den genannten Risiken schützen müssten, oder die vom Staat bereit gestellte Infrastruktur selbst organisieren, geschweige denn zahlen müssten? Wie würde es um den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stehen? Betrachtet werden dabei die wichtigsten Bereiche sozialstaat-

licher Leistungen, bei weitem aber nicht jede staatliche Aktivität, weshalb die angesprochenen Themenfelder keinen Anspruch auf Vollständigkeit erheben.

Der Sozialstaat – gemeinsam durchs Leben

Der Aufbau der Broschüre orientiert sich an einem exemplarischen Lebenszyklus. Als Kinder erhalten wir Familienleistungen und nehmen staatliche Bildung in Anspruch. Als Erwachsene sind wir im Regelfall erwerbstätig, zahlen in das Sozialsystem ein und sind z.B. im Fall von Krankheit oder Arbeitslosigkeit abgesichert. Im Alter ermöglicht die Pension ein würdevolles Leben. Wenngleich jedes Leben unterschiedlich verläuft, soll der exemplarische Lebenszyklus die unterschiedlichen Stationen darstellen, in denen wir im Laufe unseres Lebens mit dem Sozialstaat in Berührung kommen können.

Der Schreibstil der Broschüre mag zuerst etwas ungewöhnlich wirken: Die AutorInnen sprechen oft von „wir“. Das ist bewusst so gewählt, weil es ja auch „wir“ alle sind – also alle in Österreich lebenden und arbeitenden Menschen, die in unterschiedliche Lebensphasen kommen und potenziellen Risiken des Lebens begegnen. Aber die Risiken sind verschieden gestreut. Vor allem die Einkommenssituation gestaltet sich etwa je nach Lebensphase, Bildungsabschluss, Branche in der wir tätig sind, oder auch Betreuungspflichten die wir haben, äußerst unterschiedlich. Der Sozialstaat hat die Aufgabe für einen Ausgleich zwischen verschiedenen Lebensphasen und Einkommenssituationen zu sorgen, sprich umzuverteilen. Er ist damit der „soziale Kitt“ in unserer Gesellschaft, sorgt für gesellschaftlichen Zusammenhalt und wirkt breiter Verunsicherung entgegen. Und das ist in Zeiten steigender Ungleichheit der Einkommen und der Vermögen wichtiger denn je.

Haushaltseinkommen

Ins Blickfeld werden primär Haushalte genommen. Diese sind neben Lebens- und Wohngemeinschaften auch „Wirtschaftsgemeinschaften“, die gemeinsam Ausgaben tätigen. Berücksichtigt wird auch die unterschiedliche Struktur dieser Haushalte: Leben etwa mehrere Personen – Kinder oder Erwachsene – in einem Haushalt, so benützen diese gemeinsam verschiedene Güter und haben von der gemeinsamen Nutzung dieser Güter einen ökonomischen Vorteil (z.B. 1 Küche reicht für einen 3-Personenhaushalt). Die verwendeten Einkommensdaten beziehen sich daher – soweit nicht anders angegeben – immer auf das so genannte „Bruttoäquivalenzeinkommen“ der Haushalte, das ein nach Haushaltszusammensetzung gewichtetes Pro-Kopf-Einkommen darstellt. Für die Darstellung dieser Umverteilungswirkung werden die Haushalte der Höhe ihrer Einkommen nach geordnet und in Einkommensgruppen eingeteilt. So sprechen wir etwa von den untersten 10 % der Einkommen (= dem untersten Zehntel) oder z.B. im Falle der obersten 30 % der Einkommen (etwas vereinfacht) vom obersten Einkommensdrittel.



Die soziale Schere geht auf, der Sozialstaat gleicht aus und hilft

Die „reine“ Marktwirtschaft schafft weder ein „Fair Play“ noch eine gerechte Verteilung der Einkommen. Deshalb ist die Ungleichheit auch in Österreich in den letzten Jahrzehnten gestiegen. Würde der Staat nicht eingreifen, wäre die Ungleichheit deutlich ausgeprägter. Ein umfassendes Sozialsystem, das einen gewissen Ausgleich zwischen reich und arm sicherstellt, schafft Wohlstand für eine breite Mitte.

In den Industriestaaten waren die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen in den letzten 30 Jahren nie höher als heute. Der freie Waren- und Kapitalverkehr erlaubt, dass Konzerne ihre Produktion dorthin auslagern, wo Löhne sowie Arbeits- und Sozialstandards niedriger sind. Damit einhergehend hat eine Machtverschiebung zugunsten der ArbeitnehmerInnen stattgefunden. Abwanderungsdrohungen können zu Lohndruck und Verschlechterungen von Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen führen. Dies führt dazu, dass sich schlechte Bezahlung und nicht existenzsichernde Einkommen stärker ausbreiten, als Beschäftigungsverhältnisse, die eine Basis für ein „gutes Leben“ bilden. Teilzeitarbeit und atypische Beschäftigungsformen haben stark zugenommen. Zudem dämpfen Arbeitslosigkeit, der technische Fortschritt und die Globalisierung die Einkommen der Menschen mit niedriger Qualifikation, während diese Entwicklung Hochqualifizierten eher zu Gute kommt. Liberalisierte Finanzmärkte und „Steuerparadiese“ haben dies überdies begünstigt, denn die Kapitaleinkommen weitestgehend stärker gestiegen als die Lohnneinkommen.

Allen Grunde, warum die Verteilung der Einkommen und der Vermögen sowohl auf Personen als auch Haushaltebene auch in Österreich immer ungleicher geworden ist. Die Abbildung zeigt die Entwicklung der Einkommensungleichheit in den letzten 30 Jahren.



Die soziale Schere geht auf, der Sozialstaat gleicht aus und hilft



Die „reine“ Marktwirtschaft schafft weder ein „Fair Play“ noch eine gerechte Verteilung der Einkommen. Deshalb ist die Ungleichheit auch in Österreich in den letzten Jahrzehnten gestiegen. Würde der Staat nicht eingreifen, wäre die Ungleichheit deutlich ausgeprägter. Ein umfassendes Sozialsystem, das einen gewissen Ausgleich zwischen Reich und Arm sicherstellt, schafft Wohlstand für eine breite Mitte.

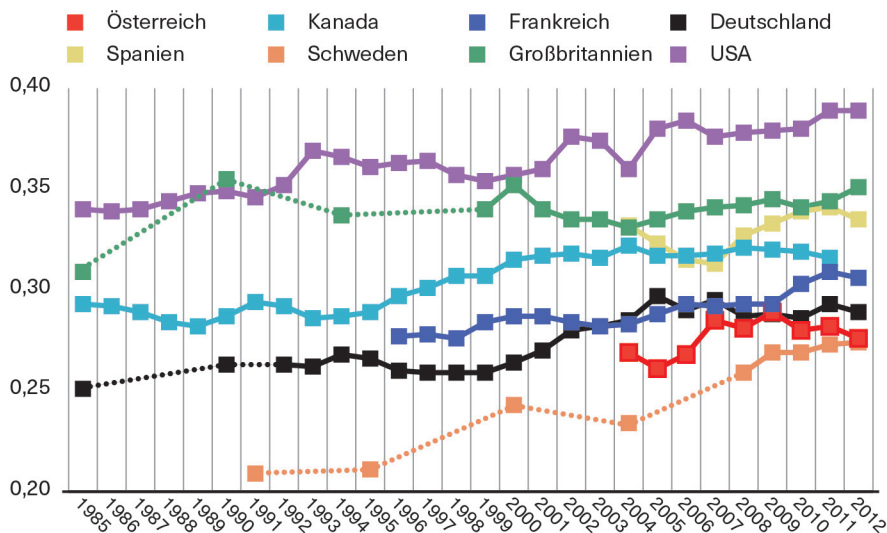
In den Industriestaaten waren die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den verschiedenen sozialen Gruppen in den letzten 30 Jahren nie höher als heute. Der freie Waren- und Kapitalverkehr erlaubt, dass Konzerne ihre Produktion dorthin auslagern, wo Löhne sowie Arbeits- und Sozialstandards niedriger sind. Damit einhergehend hat eine Machtverschiebung zulasten der ArbeitnehmerInnen stattgefunden: Abwanderungsdrohungen können zu Lohndruck und Verschlechterungen von Arbeitsrecht und Arbeitsbedingungen führen. Dies führt dazu, dass sich schlechte Bezahlung und nicht existenzsichernde Einkommen stärker ausbreiten als Beschäftigungsverhältnisse, die eine Basis für ein „gutes Leben“ bilden. Teilzeitarbeit und atypische Beschäftigungsformen haben stark zugenommen. Zudem dämpfen Arbeitslosigkeit, der technische Fortschritt und die Globalisierung die Einkommen der Menschen mit niedriger Qualifikation, während diese Entwicklung Hochqualifizierten eher zu Gute kommt. Liberalisierte Finanzmärkte und „Steuerparadiese“ haben das ihre dazu beigetragen, dass die Kapitaleinkommen weitaus stärker gestiegen sind als die Lohneinkommen.

Alles Gründe, warum die Verteilung der Einkommen und der Vermögen sowohl auf Personen- als auch Haushaltsebene auch in Österreich immer ungleicher geworden ist. Die nachfolgende Abbildung zeigt die Entwicklung der Einkommensungleichheit in den letzten 30 Jahren.

Der Sozialstaat versucht dieser Entwicklung entgegen zu wirken. Dies geschieht vorrangig ausgabenseitig (z.B. Sozialversicherungsleistungen, Familienbeihilfe) aber auch – weniger ausgeprägt – einnahmenseitig. Letztendlich ist Verteilung der „verfügbaren Einkommen“ – also der Einkommen nach Steuern bzw. Abgaben und öffentlichen Leistungen – deutlich gleichere als die Verteilung der „Markteinkommen“. Besonders die hohe Konzentration der Vermögen schafft ungleiche Voraussetzungen und ungleiche Resultate. Zum Vergleich: Wenn jemand bei einem 100 Meter-Lauf wesentlich günstigere Startbedingungen vorfindet, also z.B. schon bei Meter 50 lossprinten darf, wird er/sie klarerweise viel leichter gewinnen können als alle anderen. Es geht fürs erste also darum, möglichst gerechte „Start“-Möglichkeiten für alle zu schaffen. Staatliche Leistungen im Rahmen der Bildungs- und Familienpolitik erleichtern gesellschaftliche Teilhabe und Integration, ermöglichen gesellschaftlichen Aufstieg, und erzeugen so ein

Die Entwicklung der Einkommensungleichheit (Ginikoeffizient)

Die Ungleichheit in den Industriestaaten ist in den letzten 30 Jahren gestiegen.



Quelle: OECD (2016), Income Distribution Database, Gini-Koeffizient der Haushaltseinkommen; GINI-Koeffizient – Wert zwischen 0 und 1; 0 bedeutet eine gleichmäßige Verteilung; 1 bedeutet, 1 Person bezieht alle Einkommen; hohe Werte deuten auf eine ungleiche Einkommensverteilung hin!

Mehr an Chancengerechtigkeit. Die Gefahr sozialer Ausgrenzung wird dadurch um einiges vermindert. Aber auch, dass bestimmte öffentliche Leistungen allen gratis oder zu einem leistbaren Preis zugänglich sind, wirkt ausgleichend. Verkehrsmittel, Bibliotheken, Bäder, Sporteinrichtungen, Museen, Theater etc. wären ohne öffentliche Unterstützung mit Sicherheit um einiges teurer und damit für viele schwerer zugänglich. Die wichtigste Anforderung an soziale Sicherungssysteme: Sie sollen uns bei Bedarf Unterstützung und ein gewisses Maß an Sicherheit bieten. Angst ist kein guter Begleiter. Deswegen gibt es gemeinsame, solidarisch finanzierte öffentliche Versicherungssysteme bei Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfall oder im Alter. Hier sichern uns staatliche Leistungen ab, mit dem Ziel, möglichst fair und gerecht Kosten und Risiken auf die Gesellschaft zu verteilen.

Unterm Strich

Der Sozialstaat ist eines der zentralen Gestaltungsprinzipien unserer Gesellschaft. Das musste in jahrzehntelangen Auseinandersetzungen mühsam erkämpft werden, wird aber von VerfechterInnen der Ideologie „mehr privat, weniger Staat“ immer wieder aufs Neue in Frage gestellt. Klar ist aber, dass der Sozialstaat unverzichtbar ist – nicht nur zur Schaffung eines gewissen Ausgleichs zwischen Reichen und Armen, sondern auch zur Sicherung fairer Teilhabechancen im Lebenszyklus. Klar ist aber auch, dass der Sozialstaat nichts Statisches, ein für alle Mal Gegebenes sein kann. Er muss weiterentwickelt werden, um den jeweiligen Problemlagen und Bedürfnissen der Menschen gerecht zu werden.

Literatur

WIFO (2016), Umverteilung durch den Staat in Österreich
blog.arbeit-wirtschaft.at/umverteilung-durch-den-staat-in-oesterreich/





Familienleistungen: Elementar für die Entwicklung unserer Kinder



In Österreich gibt es derzeit rund 2 Mio. Familien mit Kindern. Um Eltern und Kinder zu unterstützen, verteilen wir nicht nur zwischen Reich und Arm sondern auch zwischen Familien mit und ohne Kind(ern) um.

Jedes Kind ist gleich viel wert: Die Familienleistungen sind in der Regel nicht am Einkommen der Eltern bemessen (bedarfsgeprüft), wie in etlichen anderen Staaten, sondern werden bei uns einkommensunabhängig allen Kindern gewährt. So profitieren alle Haushalte je nach Kinderzahl und Alter der/des Kinder(s) von Familienleistungen. Eine der wichtigsten Unterstützungen für Familien ist die Familienbeihilfe, die rund 1,7 Mio. Kindern zu Gute kommt. Die Höhe ist nach dem Alter des Kindes gestaffelt. Im Allgemeinen wird die Familienbeihilfe bis zum Abschluss einer Ausbildung bezahlt. Sie soll Eltern dabei unterstützen, die Mehrausgaben, die durch Kinder entstehen, bewältigen zu können. Je jünger Kinder und Eltern sind, desto mehr trägt die Familienbeihilfe in der Regel zum Haushaltseinkommen bei. So helfen wir, niedrige Haushaltseinkommen aufzubessern und Armut zu vermeiden.

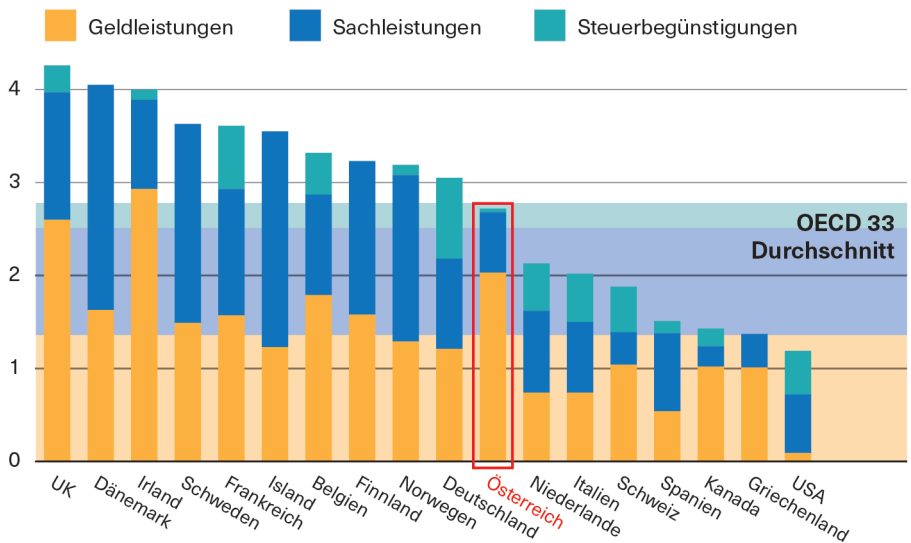
Ebenso wichtig ist die Elementarbildung in Krippen, Kindergärten und Horten. Diese Sachleistungen wurden in den letzten Jahren ausgebaut. Internationale Studien zeigen, dass die gemeinsame Betreuung von Kindern aus verschiedenen sozialen Schichten besonders Kindern aus einkommensärmeren Haushalten hilft, ihre Potenziale zu entfalten. Die Betreuungseinrichtungen sind elementar dafür, dass auch diese Kinder eine Chance auf ein besseres Leben haben. Außerdem wird dadurch eine wichtige Brückenfunktion erfüllt – Kinder aus unterschiedlichen sozialen Schichten lernen einander kennen und miteinander zu kommunizieren. Auch das ist sehr wichtig für den Zusammenhalt einer Gesellschaft.

Eine gemeinsame Betreuung ermöglicht auch eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Mehrheitlich profitieren davon Frauen, da nach wie vor sie es sind, die überwiegend Betreuungsarbeit leisten müssen. Indirekt gewinnt jedoch die ganze Familie, da Betreuungsangebote helfen, dass Frauen und Männer einer (längeren) Erwerbstätigkeit nachgehen können und sich damit das Familieneinkommen erhöht. Kinderarmut kann damit wirkungsvoll bekämpft werden. Besonders für AlleinerzieherInnen sind daher solche Angebote essentiell.

Die drittgrößte Familienleistung ist das Kinderbetreuungsgeld. Es wird nach der Geburt eines Kindes für den (potenziellen) Einkommensausfall des hauptbetreuenden Elternteils gewährt. Eine Vielzahl von Varianten soll den Eltern ermöglichen, ihre Wünsche von Betreuung und Erwerbstätigkeit kombinieren zu können.

Familienleistungen im internationalen Vergleich (in % des BIP, 2011)

Österreich liegt im OECD-Schnitt, hat aber einen überdurchschnittlich hohen Anteil an Geldleistungen.



Quelle: OECD (2016)

Insgesamt helfen die Familienleistungen vor allem Familien mit niedrigem Einkommen: Im untersten Einkommensviertel machen die Familienleistungen über ein Drittel des Einkommens aus, im obersten Viertel nur sechs %. Dies liegt u.a. daran, dass Eltern mit kleineren Kindern bzw. mehr Kindern im Durchschnitt niedrigere Familieneinkommen haben. Dazu kommt, dass Familienleistungen in Österreich zu einem hohen Anteil aus Geldleistungen bestehen.

Eine andere Verteilungswirkung haben manche steuerliche Begünstigungen: von der Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten, vom Kinderfreibetrag und auch vom Unterhaltsabsetzbetrag profitieren eher Haushalte mit höherem Einkommen, weil sie sich mehr Steuern sparen.

Unterm Strich

Wenngleich das Kinderbetreuungsangebot erheblich ausgebaut wurde, sind bei weitem nicht alle Probleme gelöst. Vieles spricht dafür, das nach wie vor stark auf Geldleistungen bezogene System stärker auf Sachleistungen für die Kinderbildung und -betreuung (Elementarbildung) auszurichten. Nur so können die Chancen für möglichst viele Kinder unserer Gesellschaft gewahrt werden. Wichtig ist die Finanzierung eines – für die Eltern kostenlosen – verpflichtenden zweiten Kindergartenjahres und eine Aufteilung der Gelder für Elementarbildung dahingehend, dass Betreuungseinrichtungen zusätzliche Mittel bekommen, wenn sie mit erhöhten Sozial- und Integrationsaufgaben betraut sind.

Literatur:

blog.arbeit-wirtschaft.at/kinderbetreuung-und-bildung-statt-steuerzucker/





Türen öffnen, Bildung ermöglichen



Schon mal überlegt was wäre, wenn die gesamte Schulausbildung aus eigener Tasche gezahlt werden müsste? Für die meisten unvorstellbar bzw. einfach nicht leistbar. Glücklicherweise haben wir in Österreich ein gut ausgebautes staatliches Bildungssystem. Trotz breiter öffentlicher Finanzierung des Bildungssektors wird Bildung allerdings größtenteils vererbt.

Wer kann nicht ein Lied davon singen? Über die guten und die schlechten Tage in der Schule, über Erfolge und Misserfolge, Freundschaften, über Bildungs- und Laufbahntscheidungen.

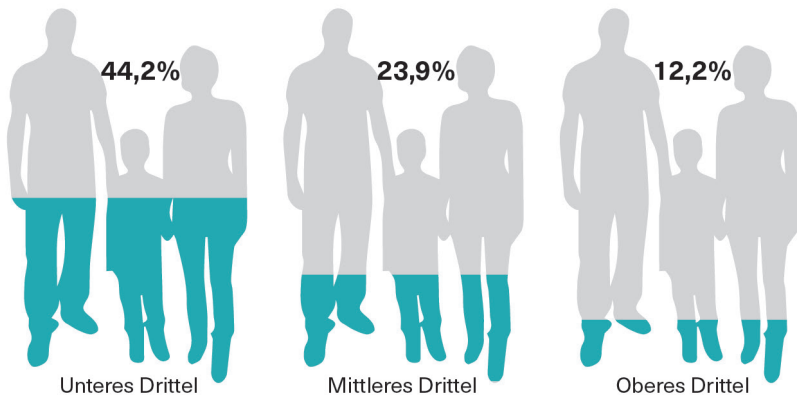
Kaum eine andere Leistung begleitet uns so lange und intensiv wie das staatliche Bildungsangebot. Während unserer Kindheit und Jugend verbringen wir die meiste Zeit in den Krippen-, Hort-, und Klassenräumen. Zuerst in allgemeinen Schulen, später in Berufsschulen oder Oberstufen, beziehungsweise manche als Studierende in den Hörsälen. Als Eltern profitieren wir von der Betreuung unserer Kinder, die uns auch hilft, Job und Familie unter einen Hut zu bekommen. Bildung wird in Österreich daher auch als zentrale Aufgabe des Staates gesehen. Dementsprechend fließt auch ein großer Teil des Budgets – 2014 waren es laut Bildungsstatistik der Statistik Austria rund 18,2 Mrd. € bzw. 5,5 % des BIP – in das öffentliche Bildungswesen. Damit wurde im Schuljahr 2014/15 über 1,1 Mio. SchülerInnen ein größtenteils kostenfreies Bildungsangebot ermöglicht. Rund 376.000 Studierende besuchten 2014/15 eine österreichische Hochschule. Trotz breiter öffentlicher Finanzierung des Bildungssektors wird Bildung allerdings größtenteils „vererbt“: Kinder, deren Eltern über höhere Bildungsabschlüsse und damit oft ein höheres Einkommen verfügen, absolvieren eher eine Schule mit Maturaabschluss, besuchen meist sogar eine Hochschule. Kindern aus ArbeiterInnen-Familien gelingt der „Bildungsaufstieg“ hingegen nur selten. Diese „gläserne Decke“ im Bildungsbereich für Kinder aus Familien mit niedrigerem Einkommen gilt es zu durchbrechen und gleiche Zugangsmöglichkeiten auch im Sinne der Chancengerechtigkeit zu schaffen.

Was wäre wenn?

Die Bildungs- und Hochschulausgaben kommen natürlich primär Haushalten zu Gute, in denen SchülerInnen beziehungsweise Studierende leben. Reiht man die Haushalte nach der Höhe ihrer Einkommen und setzt sie ins Verhältnis zur Anzahl der SchülerInnen, so zeigt sich, dass ein etwas überdurchschnittlicher Anteil der öffentlichen Schulausgaben in das obere Einkommensdrittel der Haushalte fließt. Das liegt vor allem daran, dass in den einkommensstärkeren Haushalten auch ein großer Teil jener SchülerInnen zu finden sind, die vor allem weiterführende und mit höheren Kosten verbundene Schulen besuchen. Ähnliches gilt übrigens auch für die Hochschulausgaben. Diese (leichte) Umverteilung von „unten nach oben“ sollte aber keinesfalls zum Schluss führen, ein breites öffentliches und kostenfreies Schulsystem wäre aus einer Gerechtigkeitsperspektive nicht sinnvoll. Im Gegenteil: Vielen von uns ermöglicht die öffentliche Finanzierung überhaupt erst den Zugang zu Bildung. Die Abbildung unten zeigt: Müsste beispielsweise das unterste Einkommensdrittel selbst für die Bildungsausgaben aufkommen, so würde das 44 % (!) ihres Einkommens auffressen und die Lebensbedingungen für Haushalte mit SchülerInnen drastisch verschlechtern. Müssten die untersten zehn % der Einkommen selbst für ihre Hochschulausbildung zahlen, so wäre das schier unmöglich: Mit einem Anteil der Hochschulausgaben von 140 % übersteigen die Ausgaben bei weitem die Einnahmen dieser Einkommensgruppe.

Schulausgaben gemessen am Einkommen

Für die meisten Haushalte wäre es kaum möglich, Bildung aus eigener Tasche zu finanzieren.



Quelle: WIFO (2016), Umverteilung durch den Staat in Österreich

Unterm Strich

Eine private Finanzierung der Ausbildung zu den bestehenden Standards wäre wohl für niedrige und mittlere Einkommensschichten nur schwer oder gar nicht leistbar. Das zeigt, wie wichtig das öffentlich finanzierte Bildungsangebot ist. Trotz öffentlicher Finanzierung sind jedoch wichtige Ziele im Bildungssystem nicht erreicht. Nach wie vor wird Bildung weitgehend „vererbt“. Das verdeutlichen immer wieder auch internationale Studien. Unsere Kinder starten mit solch großen unterschiedlichen Voraussetzungen ins Leben, dass wir hier nicht länger tatenlos zusehen dürfen. Schulischer Erfolg oder der Abschluss eines Hochschulstudiums muss unabhängig vom Geldbörserl und Engagement der Eltern möglich sein. Die AK fordert daher die Einführung einer gemeinsamen Schule bis zum Ende der Schulpflicht. Sie würde einen Ort der Begegnung für alle Kinder schaffen, in dem es egal ist, woher sie kommen und welchen Beruf und Bildungsstand die Eltern haben. Denn wer möchte schon eine Einteilung in eine A- und B-Liga, und das mit neuneinhalb Jahren? Vielmehr braucht es eine Schule, die im Klassenverbund individuelle Stärken fördert und Schwächen ausgleicht, so dass sich niemand unter- bzw. überfordert fühlt. Diese Schule sollte dazu in Ganztagsform in bester Qualität geführt werden, damit genügend Zeit ist, alle Kinder gemeinsam und jedes Kind nach seinen Bedürfnissen zu fördern. Zugleich hilft das Angebot ganztägiger Schulbetreuung auch berufstätigen Eltern. Schulstandorte mit vielen benachteiligten SchülerInnen sollen zudem besonders gut mit Ressourcen unterstützt werden. Nur so können Nachteile von zu Hause ausgeglichen werden.

Literatur:

OECD (2012), Equity and Quality in Education.
Supporting Disadvantaged Students and Schools
www.oecd.org/education/school/49620025.pdf





Öffentliche Gesundheitsversorgung: Nein zu arm und krank



Das öffentliche Gesundheitswesen ist kostengünstiger als private Systeme. Die gesetzliche Krankenversicherung, die ihre Finanzierung solidarisch über Beiträge an die Erwerbseinkommen (somit an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit) bindet, verteilt zwischen kranken und gesunden Personen um und hilft, den Teufelskreis zwischen Armut und Krankheit aufzubrechen.

Die Gesundheitsausgaben (inkl. Pflegegeld) machen in Österreich etwa 11 % des BIP aus. Obwohl unser Gesundheitssystem zu den besten der Welt gehört, ist es immer noch vergleichsweise günstig. Österreich liegt am unteren Ende des europäischen Spitzenfeldes, die USA haben mit einem überwiegend privaten System das teuerste der Welt.

Gesundheitsausgaben

Bei uns sind etwa drei Viertel der gesamten Gesundheitsausgaben öffentlich finanziert, großteils aus einkommensbezogenen Beiträgen, ergänzend aus Steuermitteln. Studien zeigen, dass sich die öffentlichen Gesundheitsausgaben bei aktiv Beschäftigten relativ gleichmäßig auf alle Einkommensgruppen verteilen. Dieser Effekt verändert sich jedoch massiv, wenn PensionistInnen und der Gesundheitszustand der Menschen miteinbezogen wird. Dann wird klar erkennbar, dass das öffentliche Gesundheitssystem Menschen mit niedrigen Einkommen und älteren Menschen verhältnismäßig stärker zu Gute kommt. Denn zwischen dem Einkommen und dem Gesundheitszustand besteht eine enge Verbindung: Armut macht krank! Menschen mit „niedrigem sozialen Status“ (d.h. niedriger Bildung, niedriger beruflicher Stellung und/oder niedrigen Einkommen/Pension) weisen häufig einen besonders

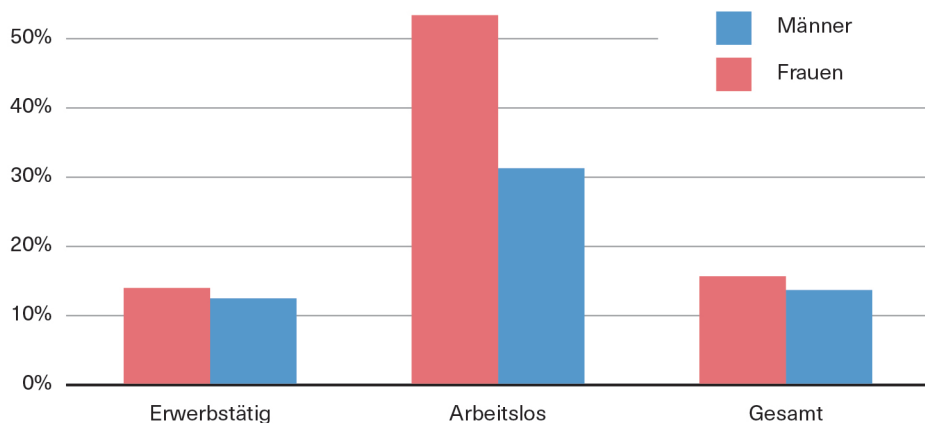
schlechten Gesundheitszustand auf. Sie sind kränker und sterben früher als Personen mit höherem sozialen Status. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass sie am Arbeitsplatz häufiger körperlich schwerer Arbeit, Lärm und Eintönigkeit ausgesetzt sind und auch wenig mitentscheiden können. Auch sind kränkere Menschen eher arbeitslos bzw. arbeitslose Menschen sind eher krank. Meist sind ihre Wohnbedingungen schlechter. Für viele der Betroffenen wäre es unmöglich, die Kosten der Gesundheitsversorgung aus der privaten Tasche zu bezahlen, zumal die private Versicherung von einkommensunabhängigen Prämien ausgeht. Es zeigt sich auch, dass Vorsorgeleistungen und Facharzt-, besonders Zahnarztbesuche häufiger von gut situierten Einkommensgruppen in Anspruch genommen werden.

Pflegeleistungen

Mehr als die Hälfte des Pflegegeldes geht in das unterste Einkommensdrittel. Das liegt vor allem daran, dass Pensionen im Durchschnitt niedriger sind als Löhne und Gehälter und ältere Menschen

15- bis 64- Jährige mit mittelmäßigem oder (sehr) schlechtem Gesundheitszustand

Zwischen Krankheit und sozialen Faktoren besteht ein enger Zusammenhang.



Quelle: GÖG (2013), basierend auf DUK/WIFO 2011 und Österreichische Gesundheitsbefragung (2006/07); AK-Darstellung

den überwiegenden Teil des Pflegegeldes bekommen. Pflegebedürftige Menschen, vor allem langzeitpflegebedürftige Menschen sind dennoch verstärkt von Armut betroffen, weil das Pflegegeld den Mehrbedarf nicht zur Gänze abdeckt. 80 % der Pflegebedürftigen – 50 % ausschließlich – werden zu Hause von ihren Angehörigen gepflegt, zu über 70 % von Frauen. Pflegenden Angehörigen, die ihre Arbeit reduzieren oder gänzlich aufgeben, haben in der Folge oft – trotz teilweisen Erwerbs von Versicherungszeiten während dieser Zeit – niedrigere Pensionen und laufen selbst Gefahr, im Alter in Armut abzurutschen.

Unterm Strich

Ein öffentliches Gesundheitssystem ist unerlässlich, um das Krankheitsrisiko umfassend und sozial abzusichern. Da ein enger Zusammenhang zwischen Krankheitsgefährdung und Armut besteht, ist die Bekämpfung der Armut eine der wirksamsten Kostendämpfungsmaßnahmen im Gesundheitssystem. Finanzielle Anreize für Gesunde sind genauso wie Selbstbehalte und Ambulanzgebühren umverteilende Elemente zulasten finanziell schwächer abgesicherter Haushalte und damit kritisch zu beurteilen. Verteilungspolitisch sehr sinnvoll wäre es, eine zweckgebundene Erbschaftssteuer zur Pflegefinanzierung heranzuziehen, um dem steigenden Pflegebedarf und den steigenden Kosten in diesem Bereich Rechnung tragen zu können. Wichtig ist auch, dass ein flächendeckendes Angebot an qualitativ hochwertigen sozialen Dienstleistungen sichergestellt wird.

Literatur

Armutskonferenz (2008), Armut macht krank – Krankheit macht arm...
www.armutskonferenz.at/files/mielck_armut_macht_krank-2008.pdf

WIFO (2008-2015), Fehlzeitenreport

www.hauptverband.at/portal27/portal/hvbportal/content/contentWindow?contentid=10007.728936&action=2





Wohnen

– ein Dach über dem Kopf für alle



Ein Dach über dem Kopf zu haben gehört zu den Grundbedürfnissen jedes Menschen. Für junge Leute, die zum ersten Mal eine eigene Wohnung benötigen, kann dies eine beträchtliche Herausforderung darstellen. Aufgabe sozialstaatlicher Wohnpolitik ist es daher leistbaren Wohnraum zu schaffen, zu fördern und zu erhalten.

Die Erinnerung an die erste eigene Wohnung fällt uns meist nicht schwer. Kein Wunder, denn das Verlassen des elterlichen Heimes, um erstmals ein eigenes Zuhause einzurichten, stellt für viele Menschen eine bedeutende Veränderung ihres Lebens dar. Wohnungssuchende sind neben den erstmals ausziehenden Jungen, vor allem jene Personen, deren Lebenssituation sich dermaßen verändert hat, dass auch die Wohnungssituation neu gestaltet werden muss. Dies ist oft dann der Fall, wenn z.B. durch die Geburt eines Kindes der bestehende Wohnraum zu klein wird oder Beziehungen bzw. Lebensgemeinschaften in die Brüche gehen.

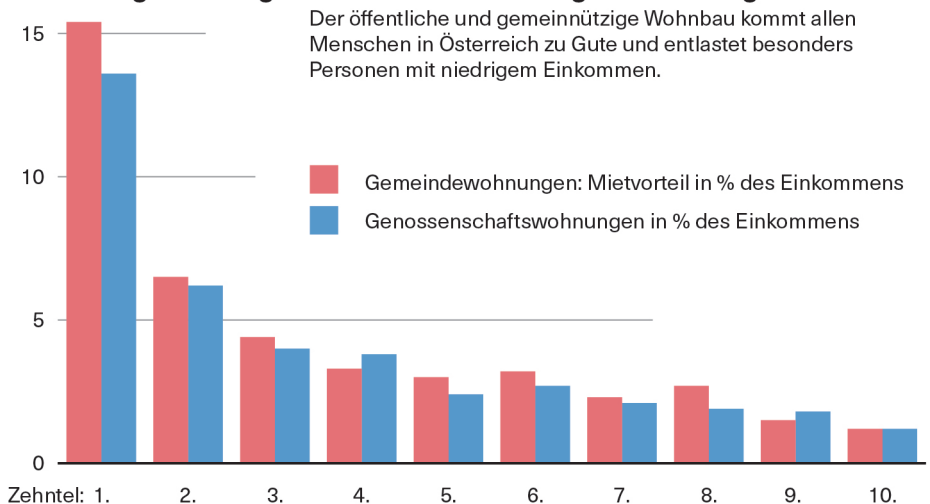
Die Preise für Wohnraum stiegen in den letzten Jahren deutlich über der Inflationsrate. Dies betrifft insbesondere die Ballungszentren, in denen die Bautätigkeit mit dem regen Zuzug nicht Schritt gehalten hat. Zudem wurden Immobilien durch die Finanzkrise eine vermehrt attraktive, weil sichere Anlagemöglichkeit, wodurch insbesondere die Preise für Grundstücke und Eigentumswohnungen weiter in die Höhe schossen. Ersichtlich wird die Problematik etwa an Hand der Mietpreise, die sich von 2005 bis 2012 für privat vermietete Wohnungen um 33 % erhöhten, während die allgemeine Teuerung im selben Zeitraum 16 % betrug und auch die Mietensteigerungen bei Wohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen oder Gemeindewohnungen mit 17,5 % nur leicht über der Inflation lagen. Der überhöhte Preisanstieg geht daher überwiegend von privaten Neumietverträgen aus.

Eine sozial gerechte Wohnpolitik kann über den privaten Markt nicht erreicht werden, umso wichtiger ist die Schaffung und Erhaltung von leistbarem Wohnraum durch den Sozialstaat. In Österreich wird dies unter anderem durch den gemeinnützigen und öffentlichen Wohnbau, die Wohnbauförderung, die Wohnbeihilfe und das Mietrechtsgesetz realisiert,

wodurch breite Schichten der Bevölkerung umfasst werden. Dabei werden sowohl Wohnungsneubau als auch Wohnungsanierung im Rahmen der Wohnbauförderung in der Regel durch günstige Kredite gefördert. In Anspruch nehmen können diese Kredite einerseits Bauträger (überwiegend gemeinnützige, umgangssprachlich als „Genossenschaften“ bezeichnet, aber in manchen Bundesländern auch gewerbliche) und andererseits Privatpersonen, sofern sie ein bestimmtes Einkommensniveau nicht überschreiten. Ein großer Teil des jährlichen Wohnbauvolumens wird daher gefördert errichtet, wobei die Mittel für die Wohnbauförderung einerseits aus dem – von allen Erwerbstätigen zu leistenden Wohnbauförderungsbeitrag – und andererseits aus allgemeinen Steuern lukriert werden. Aus einer Lebenszeitperspektive kann die Wohnbauförderung als Risikoabsicherung betrachtet werden: Eine gefördert errichtete Wohnung oder ein günstiger Kredit zu einem bestimmten Zeitpunkt steht einer verhältnismäßig kleinen, jährlichen Zahlung gegenüber.

Ergänzend zur Wohnbauförderung unterstützt die Wohnbeihilfe Personen mit niedrigem Einkommen mit einem Zuschuss. Über Wohnbauförderung und Wohnbeihilfe entscheiden die Bundesländer, wohingegen das Mietrechtsgesetz eine bundesweite Regelung darstellt. Rund die Hälfte des privaten Mietwohnungsbestandes, also etwa 310.000 Wohnungen, wird vom

Verteilungswirkung des öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau



Quelle: Wifo (2016), Umverteilung durch den Staat in Österreich

sogenannten Vollarwendungsbereich des Mietrechtsgesetzes erfasst. Im Vollarwendungsbereich gilt das sogenannte Richtwertmietzinssystem. Dabei sollte je nach Lage und Ausstattung einer Wohnung ausgehend von einem Richtwert ein maximaler Hauptmietzins bestimmt werden. In der Praxis sind die Zu- und Abschläge zu den Richtwerten aber unzulänglich geregelt und die Mietenbegrenzung funktioniert nicht.

Was wäre wenn?

Fast ein Viertel des Wohnungsbestandes befindet sich in öffentlichem oder gemeinnützigem Eigentum. Laut Berechnungen des Wirtschaftsforschungsinstituts bringen der gemeinnützige Wohnbau sowie die Gemeindewohnungen eine durchschnittliche Mietersparnis je Haushalt von 74 € pro Monat. In Summe müssten die österreichischen MieterInnen ohne öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau monatlich etwa 65 Millionen € mehr an Miete bezahlen. Am Meisten profitieren dabei die BezieherInnen niedriger Einkommen, wie auch die Abbildung zeigt: Die niedrigsten 10 % der Einkommen müssten ohne öffentlichen und gemeinnützigen Wohnbau etwa 15 % ihres Einkommens zusätzlich für Mietzahlungen ausgeben.

Unterm Strich

Sozialstaatliche Wohnpolitik ist notwendig, um leistbaren Wohnraum für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Zudem sorgt sie für stabile Investitionen in der Bauwirtschaft, wodurch Preisblasen vermieden werden. Die österreichische Wohnpolitik erreicht dies durch die Förderung von Wohnungsneubau und -sanierung (Wohnbauförderung), die Unterstützung besonders niedriger Einkommen (Wohnbeihilfe), Regelungen des Mietpreises sowie mit Hilfe der gemeinnützigen Bauvereinigungen (Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz) und maßgeschneiderten Spezialfinanzierungsinstituten (Wohnbaubanken und Bausparkassen). Trotzdem stiegen die Wohnungspreise aufgrund des Zuzugs in die Städte sowie der Vermögensumschichtungen im Gefolge der Finanzkrise in jüngerer Vergangenheit unverhältnismäßig stark an. Daher ist es unerlässlich, dass die öffentliche und gemeinnützige Bautätigkeit gestärkt wird, um Wohnungsengpässe zu vermeiden. Gleichzeitig braucht das Mietrechtsgesetz deutlichere Regeln zur Begrenzung von unbegründeten Preisaufschlägen.



Hilfe, wenn der Job verloren geht – die Arbeitslosenversicherung



Die Arbeitslosenversicherung bietet Menschen, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, Schutz vor finanziellen Notlagen und erleichtert ihnen durch Schulungs- und Qualifizierungsmöglichkeiten die Rückkehr in den Arbeitsmarkt. Zusätzlich stabilisiert sie in Zeiten der Krise den Wirtschaftskreislauf, indem sie den Rückgang der Erwerbseinkommen abfedert.

Arbeitslosigkeit ist für die meisten Menschen eine schmerzhaft Erfahrung: Sich nicht mehr gebraucht zu fühlen, die Existenzgrundlage zu verlieren und dadurch nicht mehr für sich selbst und die eigene Familie sorgen zu können. Viele der Betroffenen werden davon schwer erschüttert. Nicht selten führt lange Arbeitslosigkeit zu gesundheitlichen Problemen.

All diese Probleme kann auch ein gut ausgebauter Sozialstaat nicht gänzlich verhindern. Er kann sie aber lindern und dazu beitragen, dass Arbeitslosigkeit nicht zu einer existenziellen Krise wird.

Was wäre wenn?

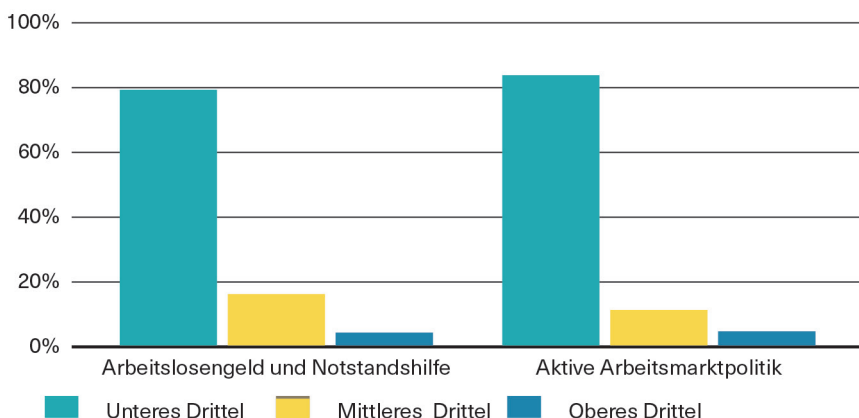
In Österreich sind alle unselbständig Beschäftigten mit einem Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze arbeitslosenversichert. Das bedeutet, dass sie einen geringen Teil ihres Einkommens in Form von Beiträgen zur gesetzlichen Arbeitslosenversicherung an die öffentliche Hand abführen. Im Gegenzug haben sie im Fall des Verlustes ihres Arbeitsplatzes Anspruch auf eine Lohnersatzleistung. Arbeitslosengeld und die nachfolgende Notstandshilfe sind damit Versicherungsleistungen. Sie sind abhängig von der Höhe des vorhergehenden Einkommens, von der Dauer der Beschäftigung – im Falle des Arbeitslosengeldes –, vom Alter der Betroffenen und teils auch von ihrer familiären Situation.

Rund 60 % der öffentlichen Ausgaben für Arbeitslosigkeit werden für den Einkommensersatz aufgewendet. Der Rest wird für „aktive Arbeitsmarktpolitik“, d.h. für Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen eingesetzt, um den Betroffenen die Rückkehr in die Beschäftigung zu erleichtern. Die Leistungen der Arbeitslosenversicherung werden fast zur Gänze aus den Versicherungsbeiträgen finanziert, etwa 10 % kommen aus dem Budget des Bundes.

Arbeitslosigkeit ist seit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise im Jahr 2008 für immer mehr Menschen zur traurigen Realität geworden. Mittlerweile sind über 900.000 Menschen zumindest einmal im Jahr von Arbeitslosigkeit betroffen. Im Schnitt waren im Jahr 2015 420.000 Personen auf Jobsuche oder in Schulungen des Arbeitsmarktservice (AMS). Gäbe es die Arbeitslosenversicherung nicht, wäre die Zahl der Armutsgefährdeten bzw. Armen unter den Betroffenen noch viel höher als sie ohnehin schon ist. Das zeigt sich in aller Deutlichkeit in Ländern, in denen es keine oder nur sehr geringe Unterstützung für Menschen gibt, die ihren Arbeitsplatz verloren haben, sie stehen in vielen Fällen vor dem Nichts.

Wohin fließen die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung nach Einkommensdritteln 2010

Leistungen rund um die Arbeitslosigkeit haben vor allem für gering qualifizierte und niedrig entlohnte Erwerbstätige eine große Bedeutung.



Quelle: Wifo (2016). Umverteilung durch den Staat in Österreich

Nicht alle tragen ein gleich hohes Risiko, arbeitslos zu werden. So spielt z.B. das Ausbildungsniveau eine sehr wichtige Rolle bei der Wahrscheinlichkeit, arbeitslos zu werden. Je besser jemand ausgebildet ist, desto eher wird sie/er in der Regel Arbeit finden. Auch Gesundheit spielt eine beträchtliche Rolle. Oder schlicht der Ort, an dem jemand lebt – abseits der großen Ballungsräume gibt es oft keinen alternativen Arbeitsplatz, wenn z.B. der Betrieb zusperrt, in dem gearbeitet wurde. Konjunktur- und Finanzkrisen verschärfen das Problem der Arbeitslosigkeit. Und gerade in Krisenzeiten erweist sich die Arbeitslosenversicherung als extrem wichtig. Sie unterstützt jene Menschen, die ihre Arbeit und damit ihr Einkommen verlieren. Durch die Arbeitslosenunterstützungsleistungen können die elementaren Konsumausgaben trotz Arbeitsplatzverlustes getätigt und die wirtschaftliche Entwicklung, die durch die Krise gedämpft wurde, stabilisiert werden. Für die Volkswirtschaft insgesamt bringt das – angesichts der steigenden Betroffenheit von Arbeitslosigkeit – eine stabilisierende Entwicklung, weshalb ÖkonomInnen die konsumstabilisierende Wirkung des Arbeitslosengeldes als sogenannten „automatischen Stabilisator der Wirtschaft“ bezeichnen.

Unterm Strich

Der größte Anteil der Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung entfällt mit fast 80 % auf das Drittel der Haushalte mit den niedrigsten Einkommen, wie auch die Abbildung zeigt. Das ist nicht weiter verwunderlich: Die Wahrscheinlichkeit arbeitslos zu werden, die Verdienstmöglichkeiten und das Ausbildungsniveau stehen in einem engen Zusammenhang zueinander. Und Ausbildung hängt in Österreich – noch immer – sehr stark von der Herkunft ab. Kinder von Eltern mit akademischen Hintergrund besuchen selbst meist eine Hochschule. Kinder von HilfsarbeiterInnen haben weit schlechtere Chancen auf eine weiterführende Ausbildung. Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung können nur wenig dazu beitragen, diese gesellschaftliche Ungerechtigkeit auszugleichen. Ein Schulsystem, das auch Kindern aus bildungsfernem Elternhaus sozialen Aufstieg ermöglicht, ist unbedingt notwendig, um die Ungleichheit zu verringern.



Öffentliches Pensionssystem

– gut gegen Angst vor dem Alter



Nicht nur unsere Eltern sollen es in der Pension gut haben. Auch für uns selbst und unsere Kinder wollen wir die Sicherheit haben, im Alter ein gutes Leben führen zu können, und zwar unabhängig davon, wie groß die Gruppe ist, mit der wir gemeinsam alt werden. Ein starkes öffentliches System ist dafür die beste Gewähr. Es ist die kostengünstigste und sicherste Form der Alterssicherung und bietet die Möglichkeit zu solidarischem Ausgleich z.B. durch die Anrechnung von Kindererziehungszeiten.

Im Unterschied zu manch anderer sozialen Risiken wie Arbeitslosigkeit oder Arbeitsunfall wird das Risiko Alter mit ziemlicher Sicherheit bei uns allen schlagend: Wir werden älter, verlassen den Arbeitsmarkt und sind auf Pensionszahlungen angewiesen. In Österreich kommen etwa 90 % aller Pensionszahlungen aus dem öffentlichen System und werden damit im sogenannten Umlageverfahren finanziert. Die Pensionszahlungen werden jeweils aus den laufenden Beitragseinnahmen und ergänzend aus Steuermitteln finanziert. Dieses System hat sich seit Jahrzehnten bewährt und ist am besten geeignet, auch die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen.

Was wäre wenn?

Was wäre, wenn jeder und jede selbst für die Pension vorsorgen müsste? Wenn die wirtschaftsliberale Forderung nach „mehr privat weniger Staat“ auch bei den Pensionen umgesetzt würde? Allein schon wegen der hohen Verwaltungs-, Vertriebs- und Bewerbungskosten und wegen der Gewinnverrechnung wären

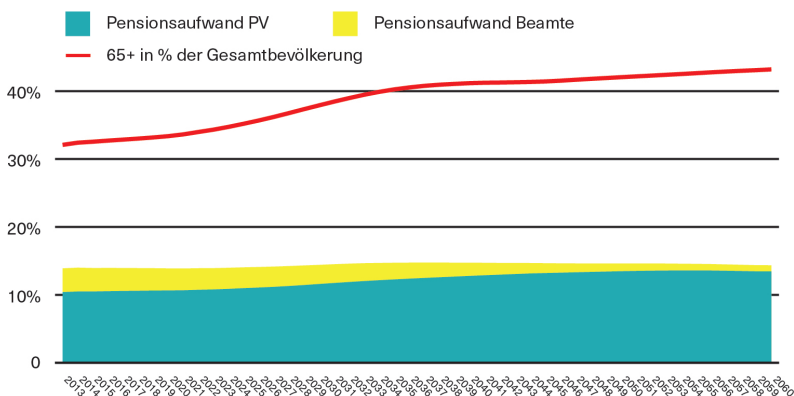
die Kosten bei privater Alterssicherung um einiges höher als im öffentlichen System. Und die früher von vielen gehegte Hoffnung nach Ausgleich der Mehrkosten durch hohe Veranlagungserträge ist spätestens seit den Finanzmarkteinbrüchen 2008 und dem anhaltenden Niedrigzinsniveau bei Staatsanleihen gestorben. Dazu kommt, dass viele sich die Eigenfinanzierung ihrer Alterssicherung von vornherein gar nicht leisten könnten, was die Altersarmut kräftig in die Höhe treiben würde.

Leider werden die Vorzüge des öffentlichen Systems oft unterschätzt bzw. von manchen Kritikern gezielt nicht zur Kenntnis genommen und Forderungen nach weiteren „großen Reformen“ (sprich: Kürzungen) erhoben.

Oft wird behauptet, dass andernfalls in den kommenden Jahren und Jahrzehnten nicht bewältigbare Kostensteigerungen ins Haus stehen. Geflissentlich übergangen wird dabei, dass die aktuellen Langzeitrechnungen der EU-Kommission und des heimischen Finanzministeriums nur eine sehr moderate Steigerung des er-

Langfristprojektionen der Pensionsausgaben bis 2060 in % des BIP

Obwohl sich der Älterenanteil (65+) an der Bevölkerung bis 2060 verdoppeln wird, steigt der Pensionsaufwand nur um 0,5%-Punkte des BIPs! „Große“ Reformen im Pensionsbereich aufgrund einer vermeintlichen Kostenexplosion abzuleiten ist mehr als unseriös.



Quelle: Europäische Kommission (2015)

forderlichen BIP-Anteils erwarten lassen, obwohl eine starke Steigerung der Zahl älterer Menschen erwartet wird. Dies deswegen, weil die bereits durchgeführten Pensionsreformen mittel- bis langfristig viel stärker kostensparend wirken, als viele das wahrhaben wollen. Die Umsetzung der Reformvorschläge gegen die vermeintlich hohen Kostensteigerungen würde vor allem auf starke Kürzungen der Pensionen der heute Jüngeren hinauslaufen.

Ähnlich steht es um die immer wieder vorgebrachte Behauptung, das öffentliche Pensionssystem sei schon jetzt massiv im „Defizit“. Versucht wird dabei, die im österreichischen System von Beginn an vorgesehene Mitfinanzierung aus Steuermitteln („Bundesbeitrag“) schlecht zu reden. Unerwähnt bleibt, dass der BIP-Anteil des Bundesbeitrags bereits in den 1980er-Jahren ähnlich hoch lag wie heute. Unerwähnt bleibt auch, dass die Teilfinanzierung aus Steuermitteln im Wesentlichen zur Abdeckung versicherungsfremder Leistungen dient (siehe Graphik), lediglich im Bereich der Selbstständigen- und Bauernversicherung geht sie klar darüber hinaus. Sozialer Ausgleich, Verhinderung von Altersarmut, Stabilisierung des Systems in wirtschaftlich schwierigen Zeiten – all das würde wegfallen, wenn die Forderung nach Abschaffung des Bundesbeitrags umgesetzt würde.

Höhe der Pension nicht nur von gezahlten Beiträgen abhängig

Durch die über Steuermittel finanzierte Ausgleichszulage wird beispielsweise eine Art Mindestpension definiert. Unterbrechungen der Erwerbsphase wie etwa für Kinderbetreuung oder Arbeitslosigkeit werden ebenfalls bei der Berechnung der Pension berücksichtigt. Die Pensionshöhe orientiert sich damit nicht nur an den eingezahlten Beiträgen. Im Mittelpunkt steht vielmehr, den PensionistInnen ein bestimmtes Sicherungsniveau zu garantieren. Das ist die zentrale Aufgabe jedes Alterssicherungssystems: Den Menschen nach Wegfall des Erwerbseinkommens ein gutes Leben zu ermöglichen. Der Erfolg eines Pensionssystems muss vor allem daran gemessen werden.

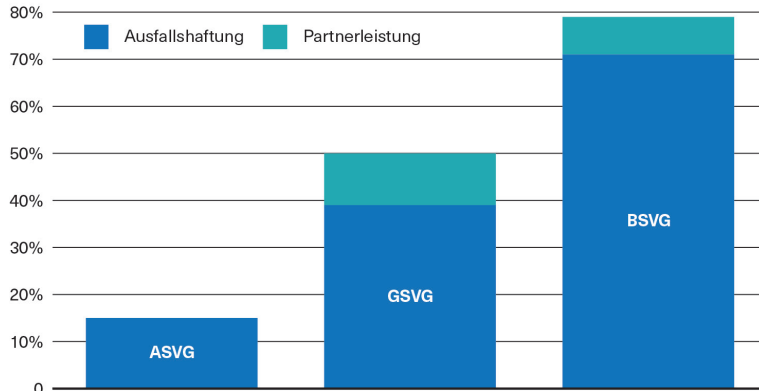
Weitere Risiken

Neben der Altersvorsorge wird in Österreich aus der Pensionsversicherung auch das Risiko der Invalidität und Hinterbliebenenleistungen finanziert. Stellt man die Struktur der gesamten öffentlichen Ausgaben aus der Pensionsversicherung den Bundesmitteln (Steuerzuschuss) gegenüber, so wird klar, dass die Steuermittel vor allem die Ausgaben für andere Risiken abseits der Alterssicherung decken (siehe Abbildung). Es handelt sich dabei um allgemeine öffentliche Aufgaben, die sachgerecht zu finanzieren sind. Eine Finanzierung aus Steuermitteln gewährleistet eine wesentlich fairere Beteiligung – etwa über Steuern auf Einkommen, Kapitalerträgen, Vermietung und Verpachtung, verschiedenste Verbrauchssteuern.

Für die Stabilität der Gesamtwirtschaft sehr wichtig ist die Funktion des öffentlichen Pensionssystems als „automatischer Stabilisator“, konjunkturabhängige Schwankungen der Beitragseinnahmen werden ausgeglichen. Diese hängen maßgeblich von der Anzahl der Beschäftigten und der Lohnentwicklung ab. Damit wird deutlich: Die Nachhaltigkeit eines öffentlichen Pensionssystems hängt nicht nur von der Entwicklung der Ausgaben, sondern auch von der

Der Bundesbeitrag in der gesetzlichen Pensionsversicherung nach Berufsgruppen

Die unselbständig Beschäftigten zahlen sich zu 85% ihre Pension selbst - sie haben damit den geringsten Zuschussbedarf im Vergleich zu Selbständigen oder Bauern!



Quelle: PVA (2015), Werte für das Jahr 2014

Einnahmenseite ab. Faire Entlohnung, möglichst gute Erwerbsintegration, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit etc. sind zentrale Aufgaben für eine gute Alterssicherung auch der heute Jüngeren.

Unterm Strich

Das öffentliche System gewährleistet einen breiten sozialen Ausgleich und hohe Verlässlichkeit der Alterseinkommen. All dies wäre in einem kapitalgedeckten System, in dem der Staat keinen Risikoausgleich schafft und jede und jeder mit ihren geleisteten Beiträgen auf sich selbst gestellt ist, nicht möglich.

Die Forderung nach Stärkung der privaten Vorsorge als Ersatz für vermeintlich nicht mehr finanzierbare öffentliche Leistungen kommt vor allem von Anbietern privater Vorsorgeprodukte bzw. von ihren Lobbyisten. Spätestens seit Ausbruch der Wirtschafts- und Finanzkrise sollte allerdings allen bewusst sein, die Altersvorsorge besser nicht in die Hände der „Märkte“ zu legen. Während andere versuchen die öffentlichen Pensionen mit falschen Behauptungen in Misskredit zu bringen und/oder kaputt zu sparen, setzt sich die AK für die Aufrechterhaltung einer starken öffentlichen Alterssicherung auch für die heute Jüngeren ein.

Literatur:

Falter (2015), Ausgabe zum Schwerpunkt „Pensionen“
https://media.arbeiterkammer.at/PDF/Falter_Pensionen.pdf





Unterstützung, wenn sonst nichts mehr geht – die Mindestsicherung



Die Mindestsicherung ist das finanzielle Auffangnetz für Menschen, die weder durch Erwerbsarbeit noch durch (andere) Sozialleistungen die Möglichkeit haben, ein Mindesteinkommen zu erreichen und auch keine Ersparnisse haben, auf die sie zurückgreifen können. Die BMS ist damit eine Leistung zur Existenzsicherung ähnlich wie vorher die Sozialhilfe, aus deren Reform sie entstanden ist. Sie ist eine Grundvoraussetzung, um den Betroffenen eine gewisse Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zur ermöglichen.

In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit und sich ausbreitender prekärer Beschäftigungsformen wird die Mindestsicherung leider für immer mehr Menschen zum zentralen Mittel zur Verhinderung von Armut.

Was wäre wenn?

Was ist, wenn der Arbeitsplatz verloren geht und das Arbeitslosengeld sehr niedrig ausfällt, weil schon vorher nur wenig verdient wurde, z.B. weil nur ein Teilzeitarbeitsplatz gefunden wurde?

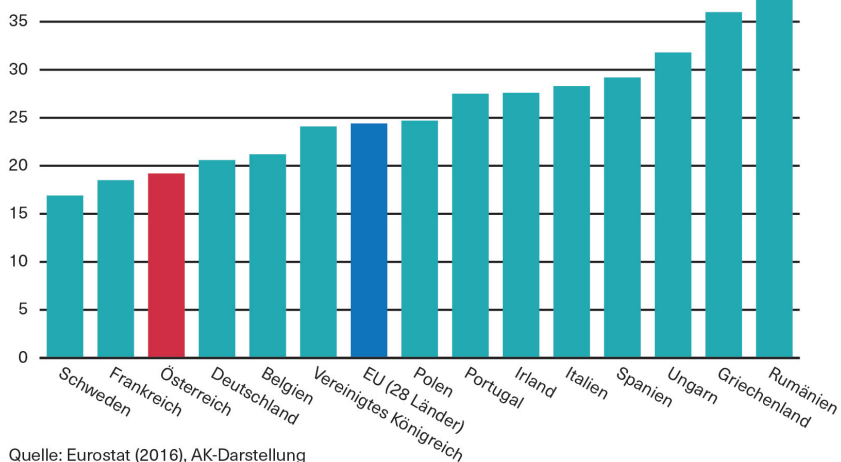
Was ist, wenn von vornherein kein Anspruch auf eine Leistung aus der Sozialversicherung besteht, weil die erforderlichen Anwartschaftszeiten nicht erreicht wurden? Was ist bei einem schweren Krankheitsfall in der Familie, der zwingt den Arbeitsplatz aufzugeben? Einige können auf Erspartes oder auf vorhandenes Vermögen zurückgreifen. Bei einigen können Freunde und Familie helfen. Bei anderen ist leider weder das eine noch das andere möglich. Was dann? Was passiert, wenn es nicht für die Miete reicht, für den Austausch des kaputten Kühlschranks oder neue Kleidung für die Kinder? In vielen Ländern sind Menschen in solchen Situationen allein auf sich selbst gestellt. Nicht so in Österreich. Die „bedarfsorientierte Mindestsicherung“ (BMS) sichert ein Mindesteinkommen.

Sie unterstützt Menschen in Notlagen, die Bereitschaft zeigen, sich durch Einsatz ihrer Arbeitskraft an der Solidargesellschaft zu beteiligen, soweit es ihnen möglich ist. Bei grundsätzlich arbeitsfähigen Personen sind die Arbeitswilligkeit und die Möglichkeit zu einer Arbeitsaufnahme Grundvoraussetzungen für die Anspruchsberechtigung. Personen, die Angehörige pflegen bzw. bei ihren Kindern bleiben, können BMS beziehen, wenn es für sie kein vernünftiges Betreuungsangebot gibt.

Es ist ein klares Zeichen für die tendenzielle Zunahme der Armutgefährdung auch in unserer Gesellschaft, dass immer mehr Menschen auf die Mindestsicherung angewiesen sind. Im Jahr 2014 haben bereits über 250.000 Personen zumindest einmal BMS bezogen. Die BMS für Alleinstehende wird maximal in der Höhe des Ausgleichszulagenrichtsatz der Pensionsversicherung (2016: 883 € brutto, 837 € netto im Monat) gewährt. Davon müssen die Betroffenen die gesamten Lebenskosten bestreiten, angefangen bei der Miete, über Heizung, Kleidung und natürlich Essen und Trinken.

Von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohte Personen

Durch den Sozialstaat in Österreich kann ein wesentlicher Teil der Armut reduziert werden.



Das ist selbst bei äußerst sparsamer Haushaltsführung schwierig. Ungeplante Ausgaben lassen sich da kaum noch unterbringen. Gäbe es keine Mindestsicherung, wäre es diesen Menschen oft nicht einmal möglich, sich das Notwendigste zu kaufen.

Unterm Strich

Die Verhinderung von Armut erfordert Maßnahmen auf vielen Ebenen. Angefangen von fairen Bildungschancen auch für Kinder aus sozial schwachen Haushalten über den Kampf gegen Arbeitslosigkeit bis hin zu einem starken Sozialstaat. Die BMS hat dabei die wichtige Rolle eines Auffangnetzes. Anders als von manchen behauptet, handelt es sich dabei nicht um „Geld fürs Nichtstun“. Tatsächlich kann BMS nur bekommen, wer arbeitswillig ist und bereit, sich den rigiden Kontrollen von Arbeitsmarktservice (AMS) und Mindestsicherungsbehörden auszusetzen. Ausnahmen, nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung zu stehen, gibt es nur für (wenige) anerkannte Gründe, etwa die Betreuung zu pflegender Angehöriger oder schwerstkranker Kinder.

Zu beachten ist auch, dass es eine ausreichende finanzielle Unterstützung von armen und armutsgefährdeten Personen braucht, wenn auch diesen Menschen die Möglichkeit auf soziale Teilhabe gewährt werden will. Soziale Teilhabe, ohne die kein Entkommen aus der Notlage möglich ist.

Literatur:

www.armutskonferenz.at/textdatenbank.html



Warum wir Steuern zahlen – Geld für öffentliche Leistungen



Wir alle bezahlen im Laufe unseres Lebens Steuern und Beiträge. Damit werden gemeinschaftlich genutzte öffentliche Aufgaben, wie etwa Schulen, Krankenhäuser oder Pflegeheime, finanziert. Diese öffentlichen Leistungen stehen uns zur Verfügung, wenn wir sie brauchen.

Die Finanzierung öffentlicher Aufgaben, wie etwa Bildung, Gesundheit oder Pensionen wird im modernen Sozialstaat über das Steuer- und Beitragssystem organisiert. Die Idee, dass Privatpersonen einen Teil ihres Einkommens zum Gemeinwesen „beisteuern“, um damit gemeinsam genutzte Infrastruktur, wie etwa Straßen, zu ermöglichen, war mit dem „Nilzoll“ bereits im alten Ägypten bekannt. Da die Anforderungen einer modernen Gesellschaft jedoch komplexer sind als die Errichtung von Straßen vor knapp 5.000 Jahren, wurde mit dem Sozialstaat ein Gemeinwesen etabliert, das den Menschen in den Herausforderungen ihres Lebens beisteht.

Die Ausbildung der Kinder, die Behandlung von Krankheiten, die Absicherung gegen Arbeitslosigkeit oder auch die Pflege im Alter – all das sind Arbeiten, die wir nicht privat verrichten, sondern in die öffentliche Hand gelegt haben. Um diese Aufgaben zu finanzieren nahm der österreichische Staat im Jahr 2015 etwa 170 Milliarden € über Steuern, Sozialversicherungsbeiträge oder auch Gebühren ein.

Da es sich beim Steuer- und Abgabensystem um einen Teil des Staates handelt, ist es von politischen Werten geleitet. Das wichtigste Prinzip ist jenes der Leistungsfähigkeit: Dieses besagt, dass SteuerzahlerInnen mit gleicher wirtschaftlicher Leistungsfähig-

keit (z.B. gleicher Einkommenshöhe) eine gleich hohe Steuerlast zu tragen haben. Personen mit unterschiedlicher wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit sollen hingegen unterschiedlich hoch besteuert werden. Konkret bedeutet dies, dass die gemeinschaftliche Finanzierung öffentlicher Leistungen solidarisch erfolgt: Jene Personen, die mehr leisten können, sollen auch mehr zum Gemeinwohl beitragen.

Im Laufe unseres Lebens bezahlen alle Menschen Steuern, sei es z.B. durch das Einkommen (Lohn- oder Einkommensteuer) oder den Konsum (Umsatzsteuer, Verbrauchssteuern). Gleichzeitig erhalten wir alle im Laufe unseres Lebens staatliche Leistungen: Bereits bei unserer Geburt befinden wir uns in einem staatlich finanzierten Krankenhaus, gehen später in öffentliche Schulen und benötigen im Alter Unterstützung durch Pflegekräfte. Als BürgerInnen des Sozialstaates sind wir daher während mancher Zeiten

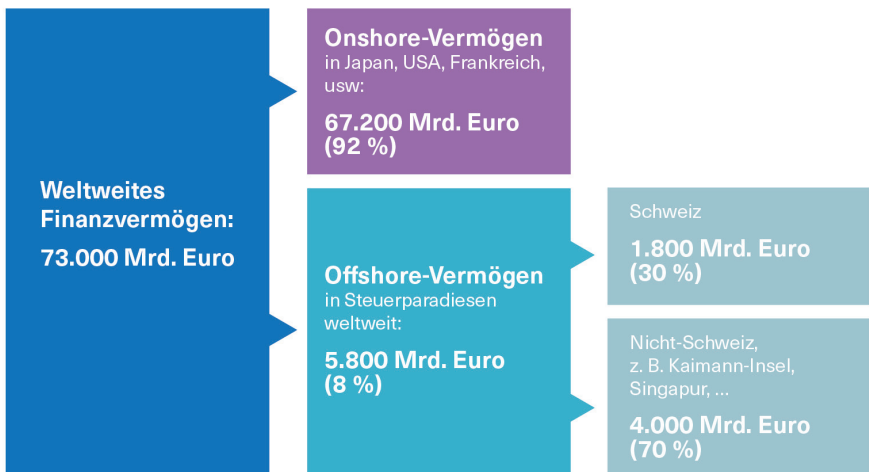
Abgaben		
Steuern	Gebühren	Beiträge
<p>...dienen der Finanzierung öffentlicher Leistungen</p> <p>Zum Beispiel: - Lohnsteuer - Umsatzsteuer</p>	<p>... werden von den Gebietskörperschaften für bestimmte Leistungen eingehoben</p> <p>Zum Beispiel: - Wasser- und Abwasser - Müllentsorgung</p>	<p>... werden von Personen geleistet, die damit einen Anspruch auf bestimmte Leistungen erwerben</p> <p>Zum Beispiel: - Sozialversicherungsbeiträge - Kammerbeiträge</p>

unseres Lebens LeistungsempfängerInnen und in anderen Zeiten EinzahlerInnen.

Die sozialstaatliche Idee öffentliche Leistungen gemeinsam zu finanzieren, damit diese bei Bedarf von allen BürgerInnen genutzt werden können, gerät durch Steuerflucht und aggressive Steuer-
vermeidung von Konzernen und reichen Privatpersonen zunehmend in Bedrängnis. Wer genügend Geld hat, kann sich Anwälte und Steuerberater leisten, welche die eigentlich zu versteuern-
den Gelder, über komplexe Rechtskonstrukte in Steueroasen verschwinden lassen. Schätzungen gehen davon aus, dass etwa jeder 12. Euro in Steueroasen deponiert wird, wodurch den eu-
ropäischen Staaten bis zu dreistellige Milliardenbeträge entzogen werden. Während die reichen Eliten immer weniger zum Gemein-
wesen beitragen, beklagen sie gleichzeitig die Unfinanzierbarkeit des Sozialstaates, den sie im eigenen Bedarfsfall – etwa beim Ge-
richtswesen, bei polizeilichen Tätigkeiten, bis hin zur Straßenbe-
nützung – selbstverständlich lautstark einfordern.

Finanzvermögen in Steueroasen (2013)

Weltweit sind durchschnittlich 8 % der privaten Finanzvermögen in Steueroasen deponiert.



Quelle: Gabriel Zucman (2014), Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird

Unterm Strich

Das Steuer- und Abgabensystem dient der Finanzierung öffentlicher Leistungen. Dahinter steht die Idee, dass Privatpersonen einen Teil ihres Einkommens abführen und im Gegenzug staatliche Leistungen in Anspruch nehmen können. Im Laufe ihres Lebens sind alle BürgerInnen zu manchen Zeiten ihres Lebens EinzahlerInnen und zu anderen LeistungsempfängerInnen. Je nachdem, wie glücklich das eigene Leben in Hinsicht auf z.B. Gesundheit, Bildung oder Einkommen verläuft, nehmen wir sozialstaatliche Leistungen in unterschiedlichem Ausmaß in Anspruch. Das wichtigste Prinzip im österreichischen Steuerwesen, das Leistungs-fähigkeitsprinzip, ist ein solidarisches: Personen, die mehr leisten können, sollen auch mehr zum Gemeinwohl beitragen. Damit Steuerflucht und aggressive Steuerplanung durch Konzerne und reiche Privatpersonen den Sozialstaat nicht nachhaltig beschädigen können, müssen (nationale) Steuerlücken ebenso wie Steueroasen geschlossen werden.

Literatur

Gabriel Zucman (2014), Steueroasen. Wo der Wohlstand der Nationen versteckt wird



Wie wir den Sozialstaat finanzieren

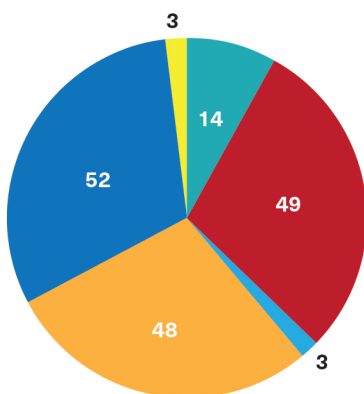


Der größte Teil der Staatseinnahmen besteht aus den Beiträgen zur Sozialversicherung. Als Anteil des Einkommens werden etwa gleich viele Steuern und Beiträge bezahlt. Die Belastung durch das österreichische Abgabensystem erfolgt daher proportional zum jeweiligen Einkommen.

Die staatlichen Gesamteinnahmen von insgesamt 170 Mrd. € im Jahr 2015 bestehen mit 52 Mrd. € zu fast einem Drittel aus Sozialversicherungsbeiträgen. Damit stellt die soziale Absicherung, in die unter anderem die Beiträge zur Pensions-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung fallen, den bedeutendsten Anteil an den öffentlichen Abgaben dar. Die zweithöchsten Einnahmen resultieren aus Güter- und Verbrauchssteuern, worunter etwa die Umsatzsteuer fällt, die im Jahr 2015 über 26 Mrd. € einbringt. Der dritthöchste Anteil besteht

Staatseinnahmen 2015, insgesamt 170 Mrd.

Die Einnahmen des österreichischen Staates setzen sich v.a. aus den Sozialbeiträgen, einkommensbezogenen Steuern sowie aus Gütersteuern zusammen.



Quelle: Statistik Austria (2015)

- Vermögenstransfers (z.B. Schenkungen)
- Sonstige laufende Transfers (z.B. Geldstrafen)
- Sozialbeiträge (z.B. Beiträge zur Kranken-, Unfall-, Pensionsversicherung)
- Einkommen- und Vermögensteuern (v.a. Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Kapitalertragsteuer)
- Vermögenseinkommen (Einnahmen aus Zinsen und Dividenden)
- Produktions- und Importabgaben (z.B. Mehrwertsteuer, Mineralölsteuer, Tabaksteuer)
- Produktionserlöse (z.B. Gebühren für Wasseranschluss, Kanal)

aus den Einkommen- und Vermögenssteuern, wobei die Lohnsteuer mit über 28 Mrd. € die wichtigste Einnahmegröße ist.

Wie die Abbildung zeigt, führen im österreichischen Steuer- und Abgabensystem alle erwerbstätigen Bürgerinnen und Bürger einen etwa gleich hohen Anteil ihres Einkommens an den Staat ab. Der Grund liegt darin, dass die Staatseinnahmen aus unterschiedlichen Quellen mit unterschiedlichen Umverteilungseffekten stammen:

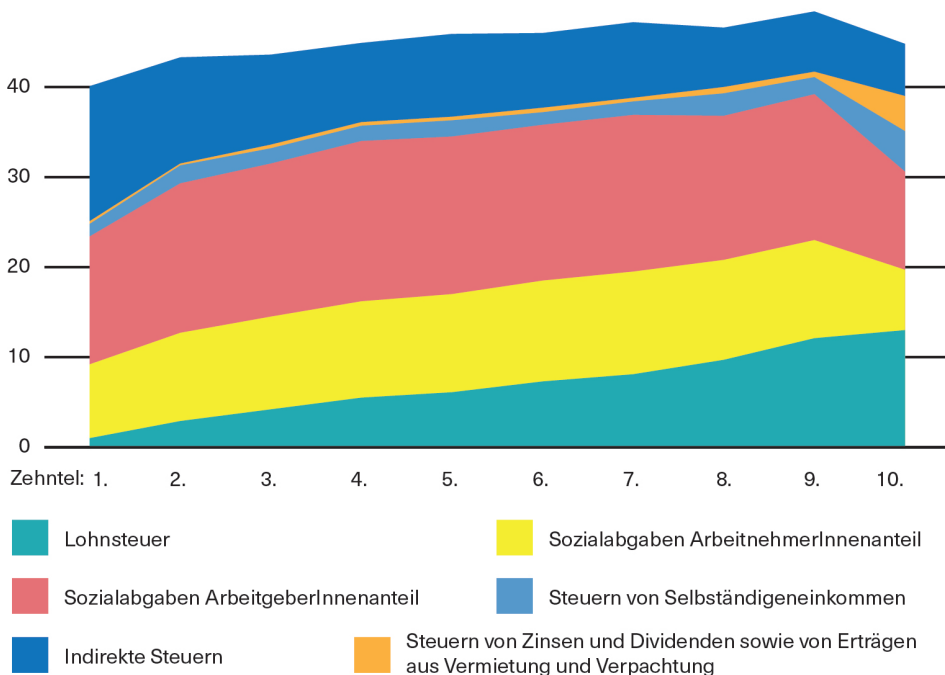
Während die Lohn- bzw. Einkommensteuer nur von jenen Personen bezahlt wird, die über ein (entsprechend hohes) Einkommen verfügen, werden Güter- und Verbrauchssteuern, zu denen etwa die Umsatzsteuer, die Mineralölsteuer oder die Tabaksteuer zählen, von allen Menschen bezahlt. Wir alle müssen konsumieren um zu überleben, daher entrichten wir gleichzeitig alle die damit verbundenen Steuern. Da Personen mit niedrigerem Einkommen einen höheren Anteil für ihren täglichen Konsum aufwenden müssen als GroßverdienerInnen, ist auch der Anteil an indirekten Steuern gemessen an ihrem Einkommen höher. Indirekte Steuern, wie etwa die Umsatzsteuer, belasten daher BezieherInnen kleiner Einkommen verhältnismäßig mehr, wodurch ihre Wirkung jener der Lohn- bzw. Einkommensteuer zuwiderläuft.

Die Sozialversicherungsbeiträge betragen insgesamt etwa 30 % der staatlichen Einnahmen. Den überwiegenden Anteil nehmen die Beiträge zur Pensionsversicherung ein, gefolgt von der Krankenversicherung und den Beiträgen zur Arbeitslosenversicherung. Bis zu einem Bruttomonatsgehalt von 4.860 € (2016) zahlen alle ArbeitnehmerInnen den gleichen Prozentsatz ihres Einkommens an die Sozialversicherung. Über diesem Betrag bleibt der Sozialversicherungsbeitrag jedoch konstant, wodurch GroßverdienerInnen anteilmäßig weniger beitragen. Die Sozialversicherungsbeiträge belasten daher ähnlich wie die indirekten Steuern BezieherInnen kleiner Einkommen verhältnismäßig mehr als GroßverdienerInnen.

Die Lohn- bzw. Einkommensteuer ist die bedeutendste progressive Steuer innerhalb der österreichischen Volkswirtschaft. Progressive Steuern entsprechen am besten dem solidarischen Prinzip der Leistungsfähigkeit, denn wer mehr verdient zahlt auch – verhältnismäßig – mehr Steuer. Für die Lohnsteuer bedeutet dies seit der Umsetzung der Lohnsteuerreform mit 01.01.2016, dass egal wie viel jemand verdient, für die ersten 11.000 € keine Steuern bezahlt werden müssen. Für Einkünfte zwischen 11.000 € und 18.000 € muss der Eingangssteuersatz von 25 % bezahlt werden, für Einkünfte 18.000 € und 31.000 € fallen 35 % an Steuern an, usw. bis zum Höchststeuersatz von 55 % für Einkommen über 1.000.000 €. Durch die Progression leisten GroßverdienerInnen einen höheren

Anteil der Abgaben am Einkommen

Die Einnahmen des österreichischen Staates setzen sich v.a. aus den Sozialbeiträgen, einkommensbezogenen Steuern sowie aus Gütersteuern zusammen.



Quelle: WIFO (2016), Umverteilung durch den Staat in Österreich

Anteil ihres Einkommens zum Gemeinwesen als BezieherInnen kleiner Einkommen.

Neben der Lohn- bzw. Einkommenssteuer haben vermögensbezogene Steuern und Erbschaftssteuern auf Grund der sehr ungleichen Vermögensverteilung eine positive Umverteilungswirkung. Hinzu kommt, dass den damit verbundenen Zahlungen meist keine Leistung gegenübersteht. Derzeit beträgt der Anteil an Vermögensteuern jedoch lediglich 0,5 % (2013) der Staatseinnahmen.

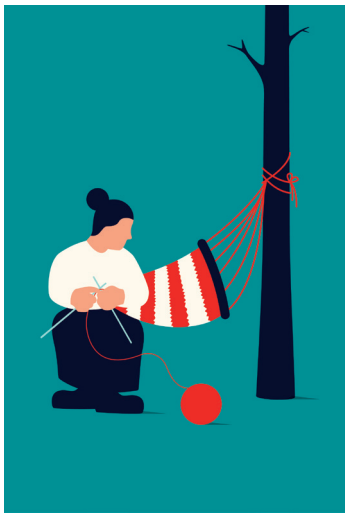
Unterm Strich

Die Staatseinnahmen setzen sich zu etwa einem Drittel aus Sozialversicherungsbeiträgen, einem weiteren Drittel aus einkommensbezogenen Steuern (u.a. Lohnsteuer) und einem Drittel aus Produktions- und Importabgaben (u.a. Umsatzsteuer) zusammen. Die Lohnsteuer stellt dabei die bedeutendste progressive Steuer dar, da höhere Einkommen relativ mehr belastet werden als niedrige Einkommen. Durch das Zusammenspiel aus Lohnsteuer, Sozialversicherungsbeiträgen und indirekten Steuern geht die progressive Wirkung der Lohnsteuer jedoch größtenteils verloren, da Sozialversicherungsbeiträge und indirekte Steuern eine entgegengesetzte Wirkung entfalten. Wichtig sind daher der Ausbau vermögensbezogener Steuern und die Wiedereinführung einer Erbschafts- und Schenkungssteuer, damit jene die ohnehin ein Vielfaches der normalen Bürgerinnen und Bürger besitzen, ebenfalls einen fairen Beitrag zum modernen Sozialstaat leisten.

Literatur

Statistik Austria (2014), Steuern und Sozialbeiträge in Österreich
www.statistik.at/web_de/statistiken/wirtschaft/oeffentliche_finanzen_und_steuern/oeffentliche_finanzen/steuereinnahmen/index.html





Was bringt die Zukunft?

Gute Aussichten mit dem Sozialstaat



Steigende Arbeitslosigkeit, sinkende Löhne, prekäre Beschäftigungsverhältnisse – die von den Finanzmärkten ausgelöste Wirtschaftskrise hat die Lebens- und Arbeitsbedingungen für sehr viele Menschen in Europa verschärft. In dieser von steigender Ungleichheit gekennzeichneten wirtschaftlichen Situation kommt dem Sozialstaat als Träger des sozialen und ökonomischen Ausgleichs mehr noch als zuvor eine wesentliche Bedeutung zu.

Die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung des Sozialstaats muss die sozialen und wirtschaftlichen Bedürfnisse der Menschen in den Vordergrund stellen. Dringend erforderlich sind dabei der Ausbau der sozialen Infrastruktur (z.B. Arbeitsmarktintegration, Kinderbetreuung, Pflege, gemeinnütziger Wohnbau) und ein breites Commitment, weitere Kürzungen von Sozialleistungen auszuschließen. Ein wichtiges Ziel sollte es auch sein, den Bedarf an Geldtransfers durch den Sozialstaat zu senken, indem die Menschen einer Beschäftigung nachgehen können, von deren Bezahlung sie auch leben können.

Ob der Sozialstaat seine Funktionen und die Erwartungen der Menschen erfüllen kann, wird in hohem Maß davon abhängen, ob die Errungenschaften, die mit dem Sozialstaat erreicht wurden, als solche gesehen werden und ein Rückbau, wie ihn sich viele neoliberale Kräfte wünschen, verhindert werden kann.

Zentrale Funktionen des Sozialstaates

Derzeit ist aber in vielen Ländern Europas ein einseitiges „Spardiktat“ insbesondere im Sozialbereich beobachtbar – mit all seinen Konsequenzen: soziale Verwerfungen und Armut steigen, Problemlagen werden zeitlich verschleppt und damit oft verschlimmert,

Abstiegsängste in der Bevölkerung sind noch weiter verbreitet als bereits vor Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise. Diese Entwicklungen sollten ein klarer politischer Auftrag sein, die Trendumkehr zu einem sozialen Europa zu schaffen.

Die sehr positiven Funktionen des Sozialstaats sind an sich unbestritten:

- „Sozialschutz“ als solidarische Absicherung in verschiedenen Lebenslagen (u.a. bei Krankheit, Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter) und Unterstützung für benachteiligte Gruppen
- Ermöglichung der fairen Teilhabe aller am erarbeiteten gesamtgesellschaftlichen Wohlstand.
- Sozialinvestitionen zur Förderung des Wohlstands und der Produktivität
- Stabilisierungsfunktion in Krisenzeiten

Weichenstellungen für die Zukunft

Alle Erfahrung zeigt, dass gerade Länder mit hohen Sozialstandards wirtschaftlich erfolgreich und den Herausforderungen konjunktureller Abschwünge auf individueller und gesellschaftlicher Ebene am besten gewachsen sind. Die Tatsache, dass Länder mit hohen Sozialstandards viel besser durch die Finanz- und Wirtschaftskrise gekommen sind, belegt das aufs Neue.

Welche Lehren ziehen wir daraus?

Soll der Sozialstaat, wie von den Neoliberalen gefordert, so weit wie möglich zurückgedrängt und mehr noch als bisher auf das Wirken von Marktmechanismen gesetzt werden, was auch immer dabei herauskommt? Oder setzen wir auf die Weiterentwicklung eines starken Sozialstaats, der auch unter sich ändernden Rahmenbedingungen in der Lage ist, den oben genannten Funktionen gerecht zu werden?

Für die breite Masse der Bevölkerung liegt die Antwort auf der Hand. Sozialer Schutz bei Großrisiken, Vermeidung von Armut, Teilhabechancen für alle, Stabilisierung in Zeiten der Krise, etc. werden in Zukunft um nichts weniger wichtig sein als heute. Auch die Si-

Herstellung einer fairen Finanzierung bleibt eine zentrale Herausforderung. Wie sehr da der Sozialstaat gefordert ist, zeigt die seit etlichen Jahren zu beobachtende Auseinanderentwicklung von Arm und Reich.

Den Sozialstaat in Österreich weiter verbessern: Ausbau heißt die Devise!

Dass im Bereich der sozialen Absicherung in Österreich im internationalen Vergleich noch immer vieles gut oder besser funktioniert, ist ein Faktum. Ebenso richtig ist aber auch, dass Weiterentwicklungspotenziale bestehen.

Stärken-Schwächen-Profil des österreichischen Sozialstaates

Stärken	Schwächen
„Sozialstaat“ als gesellschaftlicher Wert anerkannt	Defizite v.a. bei sozialer Infrastruktur
Relativ hohes Maß an sozialer Sicherheit und an sozialem Zusammenhalt	Oft Frauenbenachteiligung (mangelhafte Voraussetzungen für Vereinbarkeit von Beruf und Familie, niedrige Einkommen bedeuten oft niedrige Sozialleistungen, etc)
Verlässlicher Rahmen für individuelle Lebensplanung	Lücken im sozialen Netz
Reduktion massiver Ungleichgewichte in der Einkommensverteilung	Finanzierung primär über Beiträge von Arbeitseinkommen
Bewährung auch in der Krise	Vertrauensdefizit (v. a. Pensionen)

Quelle: AK (2016), eigene Darstellung

Letztendlich gilt es die bestehenden Stärken zu bewahren und die Schwächen schrittweise abzubauen – dazu bedarf es nicht nur entsprechender Budgets, sondern auch einer glaubwürdigen und ressortübergreifenden bzw. abgestimmten Strategie! Nur so kann es auch gelingen, das massiv erschütterte Vertrauen der Menschen in den Sozialstaat glaubhaft wiederherzustellen.

Wordrap



Ich bin... **der Sozialstaat**

Ich bin nicht... **leistungsfeindlich**

Ich verdiene mein Geld mit... **Steuern und Abgaben**

Darüber freue ich mich am meisten: **sozial abgesicherte BürgerInnen**

Mein wertvollster Besitz: **Solidarität**

Mich nervt: **Lohn- und Sozialdumping, Steuerhinterziehung**

In 30 Jahren werde ich... **weiterhin finanzierbar sein**

Das kann ich gut: **soziale Risiken ausgleichen**

Das habe ich gelernt: **in der Krise muss ich stark sein**

Mein Motto: **United we stand, divided we fall**

blog.arbeit-wirtschaft.at

Geld kann vieles kaufen.

GUTE
ARGUMENTE
GEHÖREN
ALLEN.

 blog.arbeit-wirtschaft.at  twitter.com/AundW  facebook.com/arbeit.wirtschaft

Arbeit & Wirtschaft

Herausgegeben von AK und ÖGB

www.arbeit-wirtschaft.at